



STAATSKANZLEI

Mainz,

www.rlp.de

Verantwortlich (i.S.d.P.)

Andrea Bähler
Sprecherin der Landesregierung
Telefon 06131 16-4720
Telefax 06131 16-4091

Sebastian Kusche
Stellvertretender Sprecher
der Landesregierung
Telefon 06131 16-5701
Telefax 06131 16-4091

Christian Baumann
Stellvertretender Sprecher
der Landesregierung
Telefon 06131 16-4697
Telefax 06131 16-4091

pressestelle@stk.rlp.de

Peter-Altmeier-Allee 1
55116 Mainz

Nahwärmenetz Marienthal

Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Umweltministerin Katrin Eder: Nahwärmenetz ist Zukunftsmodell für Rheinland-Pfalz

In nur einem halben Jahr Bauzeit konnte in Marienthal das erste dauerhafte Nahwärmenetz im Ahrtal realisiert werden. Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Umweltministerin Katrin Eder würdigten bei der offiziellen Inbetriebnahme das Wärmeprojekt als Zukunftsmodell auch für andere Orte im Ahrtal und für Rheinland-Pfalz und kündigten weitere Unterstützung an.

„Der heutige Tag ist nicht nur für die klimaneutrale, nachhaltige und sichere Wärmeversorgung ein Meilenstein, sondern auch für die Dorfgemeinschaft Marienthals, die nach der Flutkatastrophe noch enger zusammengedrückt ist und sich für ihr Nahwärmenetz eingesetzt hat. Die sehr hohe Anschlussquote von 85 Prozent ist Ausdruck dieses Gemeinschaftssinns“, so die Ministerpräsidentin. Sie dankte allen Beteiligten, den Verantwortlichen in Kreis und Kommune, dem Betreiber EEGON eG, den Planern und Baufirmen sowie der Energieagentur Rheinland-Pfalz als „Geburtshelfer“ der Wärmeprojekte im Ahrtal. „Sie alle haben gezeigt, wie auch unter schwierigen Rahmenbedingungen mutige Schritte in die energiepolitische Zukunft möglich sind. Gemeinsam mit dem Klimaschutzministerium und den Bürgermeistern der jeweiligen Gemeinden arbeiten wir daran, dass es künftig weitere Bürger-Nahwärmenetze im Ahrtal gibt“, betonte Ministerpräsidentin Malu Dreyer.

Die Flutkatastrophe im Ahrtal habe gezeigt, wieviel unermessliches Leid und welche Zerstörungskraft ein ungebremster Klimawandel erzeugen kann.



PRESSEDIENST

STAATSKANZLEI
Mainz,

„Wir haben uns als Land ehrgeizige klimapolitische Ziele gesteckt und wollen zwischen 2035 und 2040 Klimaneutralität erreichen. Dafür brauchen wir vor allem einen sehr viel schnelleren Ausbau der Erneuerbaren Energien im Stromsektor und auch im Wärmesektor so wie hier in Marienthal. Deshalb wollen wir mit dem Kommunalen Klimaschutzpakt und einem kommunalen Investitionsprogramm im Umfang von 250 Millionen Euro die Kommunen und regionalen Akteure stärken“, so die Ministerpräsidentin.

Energie- und Klimaschutzministerin Katrin Eder ergänzte: „Dort, wo früher in den Häusern vor allem mit Öl geheizt wurde, ist nun der erste Ort im Ahrtal mit einer klimaneutralen Wärmeversorgung entstanden. Das Beispiel Marienthal zeigt, wie zukunftsweisende, gemeinschaftliche Planungsentscheidungen für eine Wärmeversorgung zum Erfolg der Energiewende beitragen. Das neue Wärmenetz integriert erneuerbare Wärmequellen (Holzpellets und Solarthermie) effizient und flexibel. So kann ganzjährig eine sichere Versorgung gewährleistet werden. Der bisherige CO₂-Ausstoß der Heizungen wird von jährlich 238 Tonnen auf Null heruntergefahren. Dieses Projekt hat Modellcharakter für ganz Rheinland-Pfalz.“

33 Haushalte sind an das rund einen Kilometer lange Nahwärmenetz angeschlossen. Die Gesamtinvestition beträgt 2,1 Mio. Euro; die förderfähigen Gesamtausgaben werden zu 50 Prozent durch Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) bezuschusst.

Der Projektleiter der Wärmeinitiative der Landesenergieagentur, Paul Ngahan, schätzt den Willen der Menschen im Ahrtal zu nachhaltigen und umweltverträglichen Lösungen weiterhin hoch ein. Das Engagement in vielen der flutgeschädigten Ortschaften sei „eindrucksvoll und sehr ermutigend“. Um dem Beratungsbedarf dauerhaft, fachkundig und ortsnah begegnen zu können, stellt die Energieagentur Rheinland-Pfalz Personal für das Zukunftsbüro im Ahrtal zur Verfügung, das im Erdgeschoss des Kreisverwaltungsgebäudes in Ahrweiler angesiedelt ist. Auch dieses spezifische Angebot wird von der Landesregierung finanziell gefördert. „Aktive Teilhabe schafft Akzeptanz und Transparenz“, sagte Johannes Pinn, ehrenamtlicher Vorstand der Energiegenossenschaft. „Wir freuen uns, wenn möglichst viele Wärmekunden auch Mitglied in der Genossenschaft sind. Dann können sie mitreden und selbst die Geschicke ihrer Wärmelieferanten mitgestalten.“